

Beschluss

Dem Schleifen des Sozialstaats entschlossen entgegentreten, dem Kälte-Kanzler den Kampf ansagen!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.10.2025
Tagesordnungspunkt: 11 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Friedrich Merz und seine (C)DU haben den „Herbst der Reformen“ ausgerufen, denn
- 2 der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, sei mit dem, was wir
- 3 volkswirtschaftlich leisten, angeblich nicht mehr finanzierbar. Laut Millionär
- 4 und Kurzstreckenflieger Merz würden wir seit Jahren über unsere Verhältnisse
- 5 leben.
- 6 „Bullshit!“ sagte Bärbel Bas und wir sagen: „Richtig so!“ Der Sozialstaat ist
- 7 kein „nice-to-have“, keine Bonusleistung des Staates, sondern eine
- 8 verfassungsrechtlich gesicherte Pflicht des Staates und eine der größten
- 9 Errungenschaften unserer Gesellschaft. Die SPD und Generationen von Jusos
- 10 kämpfen dafür gemeinsam mit den Gewerkschaften seit Jahrzehnten. Wir sehen es
- 11 als unsere Aufgabe an, für den Erhalt und den Ausbau des Sozialstaats zu
- 12 streiten. Für uns ist klar: Was wir uns nicht leisten können, sind 249
- 13 Milliarden, die in Luxus leben, den wir alle erwirtschaftet haben. Wie sie
- 14 ruhig schlafen können und meinen, sie hätten ihren Wohlstand verdient, während
- 15 fast 3 Millionen Kinder in Deutschland in Armut aufwachsen, ist uns
- 16 unverständlich. Diese himmelschreiende Ungerechtigkeit werden wir niemals
- 17 akzeptieren.
- 18 Wir erleben zunehmend Angriffe auf unsere sozialen Sicherungen: Das Bürgergeld
- 19 soll weg, die Lebensarbeitszeit soll verlängert werden und die Rente sollen wir
- 20 am Besten nie durch die fortwährende Erhöhung des Eintrittsalters nie erreichen.
- 21 Kaum machen Meldungen über den hohen Krankenstand von Arbeitnehmer:innen in
- 22 Deutschland die Runde, wittern die Arbeitgeber:innen Morgenluft und fordern eine
- 23 Begrenzung der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Arbeit und noch mal mehr
- 24 Arbeit gelten als Heilsbringer: Mehr Arbeit soll zu gesellschaftlichem Aufstieg
- 25 und wirtschaftlichem Wachstum führen. An der aktuellen wirtschaftlichen Flaute
- 26 seien wir alle schuld, weil wir schlichtweg zu wenig leisten würden. Ein Blick
- 27 auf die Zahlen allerdings zeigt, um bei Bärbel Bas zu bleiben: Das ist Bullshit!
- 28 In Deutschland wird so viel gearbeitet wie noch nie. Derzeit sind rund 46
- 29 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig - ein Höchststand seit der
- 30 Wiedervereinigung.
- 31 Und auch wenn Bärbel Bas den Vorschlägen des Kanzlers, den Sozialstaat zu
- 32 kürzen, zunächst eine Absage erteilt, kündigt sie eine weitere Nullrunde im
- 33 Bürgergeld und härtere Sanktionen für Bürgergeldempfänger:innen an. Damit gibt
- 34 sie Wasser auf die Mühlen der Reaktionären und Rechten, von AfD, CDU und FDP,
- 35 die fernab von Fakten immer wieder den Sozialneid schüren: Das Bürgergeld sei
- 36 viel zu hoch, würde Zuwanderung anlocken, Faulheit belohnen, Arbeit unattraktiv
- 37 machen. Angeblich würden die Kürzungen der Bezüge im Bürgergeld ein erhebliches

38 Sparpotenzial darstellen – ein Blick in den Haushalt dagegen zeigt: Die Ausgaben
39 für das Bürgergeld stellen lediglich sieben Prozent des Haushalts dar. Um es mit
40 Bärbel Bas' Worten zu sagen: Auch die Nullrunde im Bürgergeld ist schlichtweg:
41 Bullshit!

42 Anfang 2026 soll die „Neue Grundsicherung“ in Kraft treten, bei der die Rückkehr
43 zum „Vermittlungsvorrang“ im Fokus stehen soll. Erwerbslose sollen
44 schnellstmöglich wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, anstatt zielgerichtet
45 und nachhaltig weitergebildet und dann erst vermittelt zu werden. Die zu
46 befürchteten „Drehtüreffekte“ von kurzfristiger Beschäftigung und
47 darauffolgender Erwerbslosigkeit im Wechsel werden ausgeblendet, denn „auch
48 einfache Tätigkeiten können ein Sprungbrett sein“, so die Arbeitsministerin - in
49 der Realität sind sie es aber oft nicht. Denn sobald die „einfache Tätigkeit“
50 wegautomatisiert oder weggekürzt wird, steht die Person wieder vor dem Nichts.
51 Um den Vermittlungsvorrang durchzusetzen, sollen die Sanktionen drastisch
52 verschärft werden. Wer wiederholt „zumutbare Arbeit“ verweigert, soll das
53 Bürgergeld weitestgehend gestrichen bekommen. Ausgenommen davon sind nur die
54 Kosten für Unterkunft und Heizung. Das ist ebenfalls schlichtweg Bullshit, sogar
55 verfassungswidriger Bullshit! Denn dieser Ansatz steht im Widerspruch zu den vom
56 Bundesverfassungsgericht 2019 als verfassungswidrig verurteilten
57 Leistungskürzungen um mehr als 30 Prozent.

- 58 • **Die geplante „neue Grundsicherung“ lehnen wir entschieden ab.** Als Jusos
59 sagen wir klar: Wir wollen eine **sanktionsfreie Grundsicherung**, die allen
60 Menschen echte Sicherheit gibt, indem sie Armut zuverlässig verhindert.
61 Grundsicherung bedeutet für uns nicht bloß Existenzminimum, sondern ein
62 selbstbestimmtes Leben mit **gesellschaftlicher Teilhabe**.
- 63 • Statt der Wiederbelebung des Vermittlungsvorrangs fordern wir die
64 Bundesregierung dazu auf, die **nachhaltige Qualifizierung der**
65 **Leistungsbeziehenden und einen Umgang auf Augenhöhe in den Mittelpunkt der**
66 **Vermittlung** zu stellen, um eine reelle Chance auf eine Reintegration in
67 den Arbeitsmarkt zu gewährleisten anstatt eine Vermittlung um jeden Preis
68 zu forcieren.
- 69 • Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere Vertreter:innen der SPD
70 in der Regierung sowie die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion dazu auf,
71 die **Einführung von Totalsanktionen zu verhindern** und diesen eine **klare**
72 **Absage** zu erteilen!
- 73 • **Wir fordern außerdem endlich die Einführung einer echten**
74 **Kindergrundsicherung!** Mit dem Scheitern der Ampel-Koalition scheiterten
75 auch die längst verabredeten Bestrebungen, eine Kindergrundsicherung zu
76 schaffen, die diesen Namen verdient. Wir fordern deswegen die SPD-
77 Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Einführung einer
78 Kindergrundsicherung einzusetzen! Kinder müssen konsequent aus der
79 elterlichen Grundsicherung herausgelöst werden. Sie dürfen nicht länger
80 Teil der Bedarfsgemeinschaften sein. Kinder haben ein eigenes Recht auf
81 soziale Sicherheit, unabhängig von den Lebensumständen ihrer Eltern. Diese
82 Grundsicherung muss armutsfest sein, Teilhabe garantieren und allen
83 Kindern einen guten Start ermöglichen. Kinderarmut ist kein Zufall,
84 sondern das Ergebnis eines ungerechten Systems, das sozioökonomische
85 Ungleichheit von Generation zu Generation weitergibt. In einem der

reichsten Länder der Welt lebt jedes fünfte Kind in Armut. Wir sagen klar: Armut darf nicht vererbt werden. Es darf nicht länger sein, dass reiche Familien über Kinderfreibeträge privilegiert werden, während arme Kinder mit zu wenig abgespeist werden. Wir wollen die **Streichung der Kinderfreibeträge** und fordern stattdessen eine solidarische Finanzierung der Kindergrundsicherung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Herkunft nicht über die eigene Zukunft entscheidet. Dafür ist die Einführung einer Kindergrundsicherung für uns der entscheidende Schritt.

80 Prozent der Menschen im Bürgergeld macht es Angst, wie Politiker:innen derzeit über sie sprechen. Nicht mal jede:r Zehnte von ihnen hat das Gefühl, Politiker:innen hätten ein realistisches Bild davon, wie es ihnen geht. In der Realität verzichten mehr als die Hälfte der Leistungsbeziehenden selbst auf Essen, um ihre Kinder besser ernähren zu können.

Die gesellschaftliche Debatte findet aber fernab von dieser Realität, dem täglichen Verzicht, der psychischen Belastung, der Angst und der Scham, der Stigmatisierung und den schlechten Erwerbsaussichten statt. Sie zielt stattdessen auf die sogenannten "Totalverweigerer" und Leistungsmissbrauch ab. Auch Bärbel Bas spricht von „mafiosen Strukturen“, die es zu „zerschlagen“ gelte. Dabei gibt es keine Datengrundlage, die den behaupteten organisierten Sozialleistungsbetrug als strukturelles Problem belegt. Der Anteil der sogenannten "Totalverweigerer" beläuft sich auf etwa 14.000 Menschen. Aktuell beziehen in Deutschland 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld, darunter Kinder und Jugendliche, Kranke und Pflegende, Erziehende und Arbeitende, die durch das Bürgergeld ihren geringen Lohn aufstocken. Der Anteil der sogenannten "Totalverweigerer" ist mit 0,025 Prozent der Leistungsbeziehenden verschwindend gering. Aus einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung ging außerdem hervor, dass es im letzten Jahr etwa 421 Fälle von „bandenmäßigen Leistungsmissbrauch“ gab - das entspricht 0,008 Prozent der Leistungsbeziehenden. Anstatt das Märchen des Sozialbetrugs weiter zu befeuern, müssen wir das Augenmerk auf den tatsächlich stattfindenden systematischen Missbrauch unseres Systems richten: der Kampf gegen Steuervermeidungsstrategien von Vermögenden, die Bekämpfung der Cum-Ex-Geschäfte oder die leichte Vermeidbarkeit der Erbschaftsteuer sind gute Ausgangspunkte. Diese fehlgeleitete Debatte ist politisches und gesellschaftliches Gift. Sie schürt Misstrauen, versucht Kürzungen bis unter das Existenzminimum zu rechtfertigen und delegitimiert Menschengruppen und ist Ausdruck eines grundlegenden Systemversagens.

Alles für Alle, Alle für Alle!

Wir stellen uns entschieden gegen eine Gesellschaft, in der das Recht des Stärkeren gilt und jede:r gezwungen ist, nur für sich selbst zu kämpfen. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Die Starken dürfen aufgrund ihrer Privilegien oder aus Bequemlichkeit und Gewohnheit nicht noch weiter entlastet werden. Sie müssen mehr Verantwortung tragen und jenen zur Seite stehen, die Unterstützung brauchen.

Solidarität ist für uns kein leeres Wort, sondern der Kern eines gerechten Sozialstaats. Ein solcher Staat darf niemanden stigmatisieren, sondern muss allen auf Augenhöhe begegnen und verlässlich dafür sorgen, dass niemand in Armut, Ausgrenzung oder Existenzangst leben muss.

134 Wir wissen: Die Realität, in der wir leben, steht dem diametral entgegen. Das
135 kapitalistische System produziert systematisch Ungleichheit, grenzt Menschen aus
136 und spaltet unsere Gesellschaft immer tiefer. Unser Verständnis des Sozialstaats
137 ist deshalb mehr als nur ein Reparaturbetrieb - er ist ein Werkzeug, um mit den
138 ausbeuterischen Logiken des Kapitalismus zu brechen.

139 Ein echter Sozialstaat ist keine Option, sondern eine Garantie. Er muss allen
140 Menschen in jeder Lebenslage ein Leben in Würde und tatsächlicher Freiheit
141 sichern. Das heißt: nicht nur Risiken abfedern, sondern echte Chancen auf
142 selbstbestimmte Lebensgestaltung eröffnen. Selbst wenn man scheitert, darf das
143 nicht den Absturz ins Bodenlose bedeuten.

144 Darum gilt für uns Jusos: Ob Jobverlust, Krankheit oder jede andere Veränderung
145 des eigenen Lebens – niemand darf durchs Netz und unter das Existenzminimum
146 fallen. Ein Sozialstaat, der diesen Namen verdient, sorgt dafür, dass niemand
147 gezwungen ist, in Angst, Armut oder Abhängigkeit zu leben.

148 • Statt in den Chor der Angriffe der CDU auf den Sozialstaat und seiner
149 Leistungen mit einzusteigen, muss die **SPD den Sozialstaat und das System**
150 **der sozialen Sicherung verteidigen!** Kürzungen der öffentlichen
151 Daseinsvorsorge und Sozialabbau dürfen niemals die Antwort sein! Wir
152 fordern deswegen alle Mitglieder der Bundesregierung, der
153 Bundestagsfraktion und der SPD - Landtagsfraktionen dazu auf, sich an
154 dieser Scheindebatte nicht zu beteiligen, sondern eine faktenbasierte
155 Debatte zu führen. **Die SPD muss gegen die drohende Deregulierung, der**
156 **Schwächungen von Arbeitnehmer:innenrechten und Gewerkschaften eintreten!**

157 • **Wir müssen die Sozialversicherungen zu solidarischen Bürgerversicherungen**
158 **ausbauen!** Die jetzigen Sozialversicherungen sind ein Flickenteppich, der
159 soziale Ungleichheit zementiert: Wohlhabende kaufen sich mit privaten
160 Zusatzversicherungen aus der Solidarität frei, während prekär Beschäftigte
161 und Erwerbslose die Lasten des Systems schultern. Nur mit einer
162 solidarischen Bürgerversicherung, in die alle unabhängig von
163 Erwerbsstatus, Einkommen oder Lebenslage einzahlen und den gleichen
164 Anspruch auf Absicherung erhalten, können wir dieses Klassensystem
165 aufbrechen. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind nichts anderes als ein
166 Schutzschild für Reiche und gehören abgeschafft. Wer mehr verdient, trägt
167 auch mehr Verantwortung. Unser Ziel ist ein System, das konsequent
168 solidarisch ist, das Privilegien der Besserverdienenden beseitigt und
169 soziale Sicherheit als gesellschaftliches Recht verankert - nicht als
170 Marktprodukt für die, die es sich leisten können.

171 • **Wir müssen die Arbeitslosenversicherung neu denken!** Arbeitslosigkeit ist
172 kein individuelles Versagen, sondern die direkte Folge eines
173 kapitalistischen Systems, das Menschen nach Profitlogik verwertet und
174 aussortiert. Wer in diesem System ohne Arbeit bleibt, wird stigmatisiert
175 und in die Armut gedrängt - genau das wollen wir beenden. Deshalb fordern
176 wir eine **Jobgarantie**. Wir fordern die gesetzliche Verankerung des Rechts,
177 jederzeit in Arbeit kommen zu können. Niemand darf mehr von der
178 Arbeitslosenversicherung in die Grundsicherung durchgereicht werden. Der
179 soziale Arbeitsmarkt und gezielte öffentliche Förderung müssen
180 sicherstellen, dass Erwerbstätigkeit verfügbar ist – nicht nur für die
181 „Verwertbaren“, sondern für alle.

- **Wir müssen die Rente endlich armutsfest machen!** Die neoliberale Rentenpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Rente zu einem Spielball der Finanzmärkte gemacht: Beitragskürzungen, Privatisierung und das Auslagern von Verantwortung auf kapitalgedeckte Modelle. Das Ergebnis heißt Altersarmut. Damit muss Schluss sein. Eine solidarische Gesellschaft garantiert ein gutes Leben auch im Alter. Deswegen müssen wir das Rentenniveau bei mindestens 53 Prozent stabilisieren und konsequent an die Lohnentwicklung koppeln. Wer mehr verdient, muss endlich auch mehr beitragen: Die Beitragsbemessungsgrenzen sind Privilegien für Reiche und gehören abgeschafft. Gleichzeitig deckeln wir die maximal erreichbaren Entgeltpunkte und führen so eine **Maximalrente** ein, die Exzesse nach oben verhindert. Altersabsicherung ist kein Spielplatz für Luxus, sondern ein Schutz vor Armut. Versicherungsfremde Leistungen – Grundrente, Mütterrente und andere – müssen vollständig steuerfinanziert sein. Steuerzuschüsse sind für uns unverzichtbar, um die Rente armutsfest zu machen. Rentenpolitik darf nicht länger ein Instrument sozialer Spaltung sein. Deshalb müssen wir die gesetzliche Rentenversicherung zu einer echten Bürgerversicherung ausbauen: Selbstständige, Beamt:innen und alle Erwerbstätigen zahlen ein. So verbreitern wir die Basis, schaffen Gerechtigkeit und sichern das Solidaritätssystem. Gleichzeitig garantieren wir mit einer Mindestrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, dass niemand im Alter ins Elend fällt – egal ob durch prekäre Beschäftigung, Befristungen oder Erwerbslücken. Altersarmut ist politisch gemacht – damit muss Schluss sein!
- Wir erkennen an, dass unser Sozialsystem Lücken aufweist, die es zu schließen gilt. Das System ist in seiner aktuellen Form nicht zukunftsfähig, um den großen bevorstehenden Transformationen, wie dem demographischen Wandel, trotzen zu können. Wir müssen auf diese Fragen soziale und gerechte Antworten finden, die nicht darin bestehen, dass Leistungsniveaus gekürzt werden. Insbesondere die Generationengerechtigkeit darf dabei nicht unbeachtet bleiben.

Wir Jusos sind überzeugt: Die Sozialdemokratie muss stets an der Seite der Schwächsten stehen. Unsere Partei ist aus dem Kampf um Augenhöhe zwischen Arbeiter:innen und Arbeitgebenden gewachsen, um Machtungleichheiten und Abhängigkeiten aufzubrechen, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen und den kapitalistischen Verwertungslogiken den Kampf anzusagen. Unseren Grundwerten liegt ein humanistisches Weltbild zu Grunde, in dem der Mensch seinen Wert nicht erarbeiten muss, sondern ihn qua Geburt hat und ihn behält – egal, ob er dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht oder nicht. Weil wir der festen Überzeugung sind: der Wert eines Menschen darf niemals an Bedingungen geknüpft sein!

Das Treten nach unten nutzt nur den Rechten! Deswegen: her mit der Systemfrage!

Bürgergeldbeziehende werden zu Sündenböcke für die anhaltende Wirtschaftsflaute gemacht. Anstatt das Vermögen der Reichen anzufassen, wälzt die Bundesregierung die Verantwortung für die fehlenden Haushaltsmittel auf Erwerbslose ab. Dabei sind die Einsparungen beim Bürgergeld nicht nur aus ökonomischen und moralischen Gründen fragwürdig. Es werden vor allem zwei Gruppen fälschlicherweise gegeneinander ausgespielt: Arbeitnehmende und Erwerbslose. Durch die geplante stärkere Bestrafung von Erwerbslosigkeit und die zunehmende soziale Ächtung von

231 Betroffenen, werden konkrete Abstiegsängste geschürt, die die Abhängigkeiten der
232 Arbeitnehmenden zu Arbeitgebenden erhöhen, Jobverlustängste befeuern, Akzeptanz
233 von schlechten Arbeitsbedingungen erhöhen und so das Leben der Menschen
234 verschlechtern. Dagegen vermehren Reiche weiterhin unbekümmert ihr Geld. So darf
235 das nicht bleiben! Statt das Treten nach unten zu befeuern, muss die
236 Sozialdemokratie endlich die Systemfrage stellen! Es kann nicht sein, dass die
237 reichsten 10 Prozent den Großteil des privaten Vermögens besitzen, während 20%
238 der Bevölkerung kein oder sogar negatives Vermögen haben. In kaum einem anderen
239 europäischen Land sind die Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland.

240 Diese Ungleichheit hilft vor allem rechten Parteien zum Wahlerfolg, die SPD hat
241 hier eine Lücke gelassen, die es zu schließen gilt. Die SPD muss sich der
242 Aufgabe annehmen, die Verteilungsfrage und die Bekämpfung der Ungleichheiten in
243 unserem Land wieder zu ihrer Aufgabe zu machen. Weil es nie dringender war, die
244 Ungleichheit endlich zu bekämpfen. Die Erzählung, dass es für echte linke
245 Politik keine Mehrheit in der Gesellschaft gäbe, ist falsch. So nehmen viele der
246 "neuen" AfD-Wähler:innen in wirtschaftspolitischen Fragen linke Positionen ein,
247 fordern eine Verringerung der Ungleichheit und einen höheren Mindestlohn. Die
248 AfD mobilisiert erfolgreich mit Ängsten und sozialer Verunsicherung. Diese
249 beruhen vor allem auf der Erfahrung von Wohlstandsverlusten, wie zur Zeit der
250 sogenannten Wende oder etwa durch plötzliche hohe Inflation. Diese Ereignisse
251 haben Zukunftsängste real werden lassen und die Schwäche der sozialen
252 Sicherungssysteme offenbart. Insbesondere die Transformationsprozesse, wie der
253 sozial-ökologische Wandel, die Dekarbonisierung und die Digitalisierung, werden
254 als Bedrohung des eigenen Status quo verstanden. Transformationsängste sind
255 Brandbeschleuniger für die Stimmungsmache von rechtsaußen. Es ist deswegen
256 unsere Aufgabe als Jungsozialist:innen und Teil der Sozialdemokratie, einen
257 positiven demokratischen Zukunftsentwurf zu entwerfen, in dem die
258 sozioökonomische Absicherung insbesondere derjenigen, die vom Wandel des
259 Arbeitsmarktes betroffen sind, in den Mittelpunkt gestellt wird.

260 • Wir dürfen nicht länger nur über die Erhöhung der Erbschaftssteuern
261 sprechen, sondern müssen es endlich machen. Während jede achte Erbschaft
262 vermögenslos ist, geht die Hälfte des gesamten Erbschaftsvolumen an die
263 oberen zehn Prozent. Erbschaften verstärken die absolute Ungleichheit
264 enorm: Personen mit größerem kulturellem und ökonomischem Kapital haben
265 höhere Erbchancen und erhalten höhere Erbsummen. Ein ganz erheblicher
266 Unterschied zeichnet sich vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland ab.
267 Mit 33 Prozent ist die Erbquote deutlich geringer als in Westdeutschland,
268 wo sie bei 49 Prozent liegt. Jetzt, wenn sogar Jens Spahn bestehenden
269 Vermögensungleichheiten in unserem Land und die Notwendigkeit der **Reform**
270 **der Erbschaftsteuer** erkannt hat, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion
271 dazu auf, **schnellstmöglich einen entsprechenden Gesetzentwurf** in den
272 Bundestag einzubringen, bevor Jens Spahn links an der SPD vorbeizieht.

273 • **Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!** Große Vermögen sind
274 kein privates Spielgeld, sondern gesellschaftlich geschaffene Reichtümer -
275 und sie müssen auch der Gesellschaft zugutekommen. Die Vermögenssteuer ist
276 für uns ein wichtiges Gerechtigkeitswerkzeug. Während Beschäftigte und
277 Erwerbslose jeden Euro versteuern, werden Milliardenvermögen unangetastet
278 gehortet. Damit muss Schluss sein: Dieser Reichtum muss endlich umverteilt
279 werden!

280 Klar ist: es besteht ein Haushaltsloch von etwa 30 Milliarden Euro im Haushalt
281 für 2027, das geschlossen werden muss. Dies wurzelt vor allem auf den höheren
282 Zinskosten der kriegsbedingten Staatsverschuldungen, etwa um der Corona-Pandemie
283 und der Energiekrise zu begegnen, sowie den steigenden Zinssätzen. Die
284 Zinskosten steigen bis 2029 um über 32 Milliarden Euro. Dazu kommt eine geplante
285 Schuldentilgung von 9 Milliarden Euro, insgesamt 41 Milliarden Euro. Das stellt
286 mehr als die Hälfte der Haushaltslücke von 74 Milliarden Euro in diesem Jahr
287 dar. Ein wesentlicher Teil der Haushaltslücke ergibt sich damit aus den Zins-
288 und Tilgungskosten der aufgenommenen Kredite. Dazu kommen die Ausgaben für
289 verteidigungspolitische und infrastrukturelle Sondervermögen. Das Problem liegt
290 also nicht in einem aufgeblasenen und überbordenden Sozialstaat, sondern
291 vielmehr in der Bewältigung der Krisen der letzten Jahre und der
292 Herausforderungen der Zukunft.

293 Vor diesem Hintergrund ist es keine Option diese Lasten durch Leistungskürzungen
294 bei der breiten Bevölkerung und insbesondere bei denjenigen Menschen, die
295 besonderes vom Sozialstaat abhängig sind, abzuladen, während Wohlhabende und
296 Einkommensstarke von diesen Maßnahmen nicht betroffen und durch die
297 Unternehmenssteuersenkung sogar entlastet werden.

- 298 • Deswegen fordern wir die **Erhebung eines Krisen-Solidaritätszuschlags zur**
299 **Einkommens- und Körperschaftssteuer für die reichsten zehn Prozent** unserer
300 Bevölkerung! Dieser könnte schnell und unbürokratisch erhoben und an sich
301 gegebenenfalls ändernde Bedarfe angepasst werden. Die Lasten der Krisen
302 unserer Zeit müssen solidarisch von den starken Schultern getragen werden,
303 anstatt die Kettensäge an den Sozialstaat anzulegen!
- 304 • Gerade in Zeiten der Krise haben viele Unternehmen ihre Profite massiv
305 gesteigert. Energie- und Rüstungskonzerne, aber auch zahlreiche andere
306 Branchen, haben die allgemeine Inflation genutzt, um Preise weit über das
307 Notwendige hinaus zu erhöhen und so ihre Gewinne auf Kosten der
308 Verbraucher:innen zu maximieren. Diese Gewinn-Preis-Spirale hat die
309 ohnehin steigenden Lebenshaltungskosten zusätzlich verschärft. Wir sagen
310 klar: Diese Bereicherung auf dem Rücken der ökonomisch Schwachen darf
311 nicht hingenommen werden. Übergewinne müssen abgeschöpft und zur
312 Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden. Unser Ziel ist eine
313 **effektive Übergewinnsteuer, die die krisenbedingten Extraprofit**
314 **abschöpft**. Wir begrüßen eine einheitliche europäische Lösung, die
315 rückwirkend für das Jahr 2022 gilt. Sollte diese jedoch unzureichend sein,
316 sei es durch fehlende Rückwirkung, die Auslassung bestimmter Branchen oder
317 eine zu geringe Höhe, muss sie durch eine konsequente bundesrechtliche
318 Regelung ergänzt werden. Darüber hinaus braucht es ein **verschärftes**
319 **Kartellrecht**, das es ermöglicht, Konzerne bei der Ausnutzung von
320 Marktmacht auch tatsächlich zu zerschlagen. Gewinne von
321 Kapitalgesellschaften müssen zusätzlich stärker und progressiv besteuert
322 werden. Denn in einer solidarischen Gesellschaft darf Profitgier nicht
323 belohnt werden, sondern muss demokratisch eingehegt werden.

Begründung

erfolgt mündlich.